

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

18. Jahrgang

Berlin, den 9. März 1951

Nummer 10

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig.

Der deutsche Liberalisierungs-Stop Gesundungskrise oder Krankheitssymptom?

Es gibt im Wirtschaftsprozeß zwei Arten von Krisen: Wachstums- und Gesundheitskrisen sowie Krisen, in denen eine schleichende Krankheit zum Ausbruch kommt und eine Katastrophe sich ankündigt. Der Zusammenbruch an den Börsen im Herbst 1929 und die Finanz- und Zahlungsbilanzkrise im Herbst 1931 gehörten zur zweiten Kategorie; die seit Kriegsende periodisch auftretenden „Krisen“ gehören ihrem Wesen nach in die erste erfreuliche Kategorie. Doch ist im Augenblick des Eintritts einer Krise nicht immer genau zu sagen, um welchen der beiden Typen es sich handelt. Auch eine Wachstums- und Gesundheitskrise kann ein wirtschaftliches Siechtum einleiten, wenn die Mahnung, die sie bedeutet, von der Wirtschaftspolitik nicht verstanden und befolgt wird.

Ratlose Wirtschaftspolitik?

Die Wirtschaftspolitik der meisten Länder der westlichen Weltwirtschaft befindet sich in diesen Wochen, in denen die inflatorischen Auswirkungen der großen, durch den Korea-Konflikt ausgelösten Eindeckungswelle immer spürbarer geworden sind und neue gleichgerichtete Tendenzen aus dem Anlaufen der effektiven Rüstungsproduktion bevorstehen, in einem etwas tumultuarischen Zustand. Die richtige Diagnose der wirtschaftlichen Lage dürfte vielfach, so vor allem vom Council of Economic Advisers des amerikanischen Präsidenten, gestellt worden sein¹⁾. Aber überall die richtigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen daraus nicht nur abzuleiten, sondern sie auch rasch genug durchzusetzen, ist angesichts der mannigfaltigen administrativen und innen- wie außenpolitischen Reibungsschwierigkeiten eines nicht-autoritären Systems der politischen Willensbildung außerordentlich schwierig; und überdies harren auch manche tatsächlich neuen Probleme

einer Lösung, die nur aus angestrengten allgemeinen Bemühungen um eine gute Lösung, aber kaum „im Prinzip“ gefunden werden kann. Orthodoxe, mit der Wirtschaftsempirie weniger vertraute Sachverständige sehen die Gefahr einer „Welt-Inflation“ aufsteigen, womit sie zwar eine tatsächlich gegebene Gefahr richtig kennzeichnen, ohne aber die Gründe dafür genau bezeichnen und noch weniger konkret sagen zu können, wie man ihr begegnen müsse. Die Gründe liegen weniger in der angeblichen Unzulänglichkeit der möglichen und z. T. auch empfohlenen Mittel, als darin, daß man sie eben nicht ausreichend anzuwenden bereit ist. Notwendige Steuererhöhungen werden abgelehnt oder verzögert, die Kreditkontrolle wird nicht straff genug gehandhabt, direkten Kontrollen bleibt der volle Erfolg versagt, solange sie eine zulängliche Kredit- und Finanzpolitik, die noch fehlt, nur ersetzen, aber nicht ergänzen sollen, und dies um so mehr, als ihre organisatorische Vorbereitung Monate erfordert und unzulängliche Kontrollen die Eindeckungswelle zunächst nur erneut anfachen. Exportbeschränkungen verknappen das internationale Angebot an Waren, die dringend benötigt werden, und die Aufrechterhaltung oder Verstärkung von Importschutzmaßnahmen machen es für andere Länder schwierig, durch Exporterlöse für die benötigten Importe den Zahlungsbilanz-

¹⁾ Vgl. dazu vor allem den Fünften Jährlichen Bericht des Council of Economic Advisers vom 28. Dezember 1950: Die Wirtschaftspolitik der nationalen Verteidigung (The Economics of National Defense), der soeben vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in deutscher Übersetzung herausgebracht worden ist. (Sonderhefte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Heft 10.) Neben dieser, die nationalen Probleme der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik umreisenden Übersicht, fehlt es aber bisher an einer ebenso umfassenden Übersicht der internationalen Problematik, obwohl auch dafür vielfach, so vor allem in den Arbeiten der UN (World Economic Report 1949–1950, European Economic Commission in Genf) und auch in amerikanischen Reports (vor allem den Gordon-Gray-Bericht), weitreichende Ansätze vorliegen.

mäßigen Gegenwert zu beschaffen, und vermehren die ohnehin schon drohenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten. Die Exportbeschränkungen verstärken am verknappten Weltmarkt die Preishausse, und selbst die erwarteten Zahlungsbilanznöte wirken in der gleichen Richtung, da jeder noch rechtzeitig sich mit Auslandswaren eindecken möchte, bevor die Zahlungsbilanzschwierigkeiten zum Importstop führen.

In allen diesen Entwicklungen steht Westdeutschland aus vielen Gründen an exponierter Stelle. Die milde deutsche Zahlungsbilanzkrise gegen Ende 1949 war schon ein Vorläufer kommender größerer Spannungen; die Zahlungsbilanzkrise im Oktober 1950 brachte diese voll zum Ausdruck. Die Kreditpolitik, die in Deutschland Ende 1949 noch wesentlich dazu beitragen konnte, daß damals die Außenwirtschaftslage nicht wirklich gefährlich ins Wanken geriet, hat nun nahezu umsonst die konforme „Notleine“ der Kreditverteuerung und -restriktion gezogen. Da ihr hier — wie auch sonst fast überall — die nötigen organisatorischen Vorbereitungen zur Bewältigung einer solchen Krise auf eigene Faust fehlen, konnte sie keinen durchschlagenden Erfolg erzielen. Allerorts, also nicht nur in Deutschland, sondern vor allem auch in Amerika, ist man daher nun auf der Suche nach der geeignetsten Vervollkommnung des Kreditlenkungsapparates. Der nun in Westdeutschland erlassene Liberalisierungsstop und der Übergang zur zumindest vorerst beizubehaltenden Einfuhrbewirtschaftung bedeutet hier das Ziehen der „letzten Notleine“. Man wird nun die Mahnung, die diese akute Krise gibt, gründlichst und sachlichst auf ihren wahren Gehalt prüfen müssen, damit sich nicht aus allem eine ernste Vertrauenskrise entwickelt.

Die weltwirtschaftlichen Hintergründe

Die Frage nach der Verursachung solcher Krisen ist für den Wirtschaftsforscher eine andere und „sachlichere“ als für den Juristen und Politiker. Der aufrichtige Wille auf allen Seiten, bestehende und neu eingegangene Verpflichtungen zu erfüllen, ist die Grundlage des Vertrauens, und Vertrauen ist eine der entscheidenden Grundlagen gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse. Aber auch bei vertraglichen — innerwirtschaftlichen wie außenwirtschaftlichen — Verpflichtungen gilt — jedenfalls für den Richter, der nachträglich urteilen muß — der Satz: *ultra posse nemo tenetur*. In diesem Sinne hat der Wirtschaftsforscher die tieferen und unausweichlichen Zusammenhänge aufzusuchen. Sie führen hier in die Gesamtproblematik der weltwirtschaftlichen Situation der Nachkriegszeit.

Der weltwirtschaftliche Aufschwung der Nachkriegszeit war im wesentlichen eine Wiederaufbaukonjunktur. Gegen Ende 1948, als in den Vereinigten Staaten eine erste spürbare Unterbrechung des Anstiegs einsetzte, war dieser Wiederaufbau auf das Vorkriegsleistungsniveau auch in Westeuropa schon in der Hauptsache geleistet — mit Ausnahme vor allem Deutschlands (neben Italien und Österreich), wo er eben erst begonnen hatte. Hier hatte er nicht nur viel später, sondern auch auf einem vergleichsweise viel tieferen Niveau eingesetzt und stand unter ungleich einschneidenderen strukturellen und politischen Behinderungen. Gleichzeitig begann er damit endlich auch in dem Kernraum des industriellen Zentralgebietes Europas, das auch heute noch nur von dem amerikanischen Industriegebiet an standortsmäßiger Bedeutung übertroffen werden dürfte. Bis 1948/49 verlief dieser europäische Wiederaufbau im wesentlichen auf den Bahnen der Wiederherstellung der alten nationalen Wirtschaftskörper der Zeit vor 1939. Von einem gemeinsamen europäischen Wiederaufbau war noch nicht viel zu spüren. Nur das deutsche Wirtschaftsgebiet — als Kernraum des europäischen überhaupt — mußte seinen Wiederaufbau von vornherein stärker auf größere europäische Integration abstellen; daher der außerordentlich starke deutsche Drang nach freier Entfaltung des deutschen Außenhandels und später die besonderen deutschen Bemühungen um die Außenhandelsliberalisierung.

1948 bis 1950 ging die Marshallplanhilfe, die Europa den Aufstieg ermöglichte, von dem anfänglichen Umfang rasch zurück. Die Verminderung der amerikanischen Hilfe konnte durch eigene europäische Produktion ersetzt werden; für die übrigen westeuropäischen Länder gewann dabei vor allem der wieder ansteigende Handel mit Deutschland an Bedeutung. Nur so konnte eine gesamteuropäische Zahlungsbilanzkrise vermieden werden. Eine gewisse Entspannung brachte auch die Welle der Währungsabwertungen im Herbst 1949, die für sich allein allerdings nur ein Zeichen dafür waren, wie angespannt die europäische Zahlungsbilanzlage infolge Rückgangs der Marshallplanhilfe und der Abschwächung der amerikanischen Konjunktur im ersten Halbjahr 1949 war. Dann jedoch half die neue Konjunkturbelebung in Amerika, vor allem über die wieder wachsende amerikanische Einfuhr, rasch über die herannahende Klemme hinweg.

Die mit dem Ausbruch des Korea-Konfliktes in der ganzen westlichen Weltwirtschaft einsetzende Vor-Rüstungskonjunktur entthob die westliche Wirtschaft der Notwendigkeit einer

Antwort auf die Frage, was denn nun nach Abschluß der Wiederaufbaukonjunktur zu geschehen habe, um eine stabile Weiterentwicklung zu sichern. Sie nahm notwendig zunächst die Form einer allgemeinen Eindeckungswelle an. Selbstverständlich war sie am stärksten in den Vereinigten Staaten selbst; aber es ist — angesichts der Stellung der deutschen Wirtschaft in der europäischen und weltweiten Standortsstruktur — nicht erstaunlich, daß sie gerade auch in Deutschland ziemlich heftig war; denn gerade hier lagen ja die relativ größten, noch erschließbaren Reservekapazitäten, auf deren Einbeziehung sich die Wirtschaft über Eindeckungen vorbereitete.

Deutsche Sonderverhältnisse

Ist es somit schon klar, daß die deutsche Wirtschaft als Spätkömmeling in der Wiederaufbaukonjunktur mit seiner Zahlungsbilanz besondere Schwierigkeiten haben werde, wenn sie den Wiederaufbau fortsetzen mußte, als die anderen praktisch schon am Ende waren und eine kleine Stockung erlebten, und daß die Eindeckungswelle der Vor-Rüstungskonjunktur hier verhältnismäßig stark sich durchsetzen mußte, so haben noch andere Faktoren dazu beigetragen, die Lage zu erschweren. Wie nach dem ersten Weltkrieg, so ist notwendigerweise auch nach dem zweiten die ungeordnete und z. T. widerspruchsvolle Neuordnung Deutschlands in den dürftig wieder zurecht gerichteten Weltwirtschaftsmechanismus das schwächste Glied in der Kette, an dem jede Belastung des gesamten noch ungeordneten Zusammenhangs zuerst sichtbar werden muß.

Zunächst sind immer wieder die wirtschaftswidrigen politisch bedingten strukturellen Belastungen der deutschen Wirtschaft zu nennen, die im einzelnen nicht mehr aufgeführt zu werden brauchen, aber deren Folgen eben kaum abwendbar sind. Man muß den Mut haben, zu sehen, daß daraus ein struktureller Hang zum Zahlungsbilanzungleichgewicht resultiert, der nur durch Beseitigung jener Behinderungen auch in seinen Wirkungen auf die übrige Welt aufgehoben werden kann. Kurzfristig gesehen ist dabei besonders bedrohlich der ebenfalls politisch bedingte Mangel an Gold- und Devisenreserven, der in jeder etwas ins Gewicht fallenden Beanspruchung das Gespenst der Zahlungsunfähigkeit und daher des Vertrauensverlustes aufsteigen läßt. Vergleicht man die deutsche Welle der Eindeckungen mit Auslandswaren in den vergangenen Monaten mit den entsprechenden Eindeckungswellen anderer Länder, so ergibt sich, daß sie mit Rücksicht auf Größe, Standort und Struktur der deutschen

Wirtschaft kaum übertrieben war. Aber unter diesen Umständen wurden sie bereits „gefährlich“.

Hinzu kommt eine weitere, in Westeuropa und Deutschland selbst eigenartigerweise meist überhaupt nicht gesehene, aber neuerdings z. B. in den Vereinigten Staaten klar erkannte Besonderheit, die für ganz Westeuropa zutrifft, aber für die deutsche Wirtschaft der letzten Jahre besonders charakteristisch ist: Der außergewöhnlich hohe Wiederaufbaubedarf, der sich in einer besonders hohen Investitionsquote niederschlägt, hat bei verhältnismäßig niedrigem Lebensstandard und infolgedessen ziemlich hoher Konsumneigung (= geringe Spartätigkeit) nicht nur einen dauernden Hang zur Preiserhöhung zur Folge, sondern auch zu höheren Einfuhren. Das eine ist vom anderen bei Beibehaltung einer freien Wirtschaftsverfassung kaum zu trennen. Unter diesen Umständen hat man — bei unzureichender ausländischer Kredithilfe — nur die Wahl zwischen ausreichenden Investitionen oder „ausgeglichene“ Zahlungsbilanzverhältnissen; in der Praxis geht man einen Mittelweg, indem man die Investitionen etwas unter dem Optimum hält und dabei doch gewisse Zahlungsbilanzspannungen auch aus diesem Grunde in Kauf nehmen muß.

Europäische Konjunkturzusammenhänge

Die westdeutsche Situation ist also insoweit nur eine intensiviertere Variante der gesamtwesteuropäischen Situation. Aber sie ist in einem sehr genauen Sinne auch der Kern der gesamten westeuropäischen Situation.

Es ist heute nicht mehr nur eine allgemeine theoretische und auf Standortsüberlegungen beruhende Behauptung, sondern eine durch die Entwicklung der letzten Jahre belegte Tatsache, daß die Wiederaufnahme eines möglichst intensiven Wirtschaftsaustausches zwischen Deutschland und dem übrigen Westeuropa eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür ist, daß die strukturelle gesamteuropäische Zahlungsbilanzkrise gelöst werden kann. Innereuropäische Versorgungsquellen treten wieder an die Stelle außer-europäischer. Ein Stück praktischer Arbeit auf dem Wege der europäischen Integration wäre damit schon geleistet.

Dabei jedoch war die Tatsache, daß Deutschland aus allen den genannten Faktoren und aus einer einseitig vorangetriebenen Außenhandelsliberalisierung heraus gelegentlich gerade aus Europa mehr einfuhrte, als es nach dort ausfuhrte, also Schulden machen mußte, seit der Stockung der amerikanischen Konjunktur Ende 1948 einer der stärksten konjunkturellen Auftriebe für

andere westeuropäische Länder. Dies gilt u. a. für die Niederlande, die Schweiz, vor allem aber für Frankreich. Die französische Konjunktur war noch Mitte 1950, also noch nach Beginn der Korea-Hausse am Weltmarkt, in einer solch labilen Situation, daß man im Gegensatz zur Tendenz in allen anderen Ländern noch einmal mit dem Mittel der Geld-Verbilligung die Konjunktur stützte. Man muß zumindest die Frage aufwerfen, was aus der westeuropäischen Konjunktur 1949/50 geworden wäre, wenn die deutsche Nachfrage nicht gewesen wäre. Daß der deutschen Einfuhr nicht in ausreichendem Maße eine deutsche Ausfuhr nach Europa folgte und dadurch Raum für einen weiteren gesameuropäischen Aufschwung geschaffen wurde, ist zum Teil wenigstens die Folge der geringeren Leistungen der anderen Länder in der Liberalisierung ihres Außenhandels.

Mit dem deutschen Liberalisierungsstop steht man nun am Kreuzweg weniger der deutschen als der europäischen Wirtschaftspolitik. Die bisher fast nur national ausgerichteten Wiederaufbau-

bemühungen stießen sich schon seit etwa zwei Jahren mehr und mehr aneinander. Jetzt ist der Spielraum dieser nationalen Aufbaupolitik ausgeschöpft. Der Rückgang der Amerikahilfe und die zu erwartende Rüstungsbelastung lassen die Frage aufsteigen, welcher Weg nun weiter gegangen werden soll. Der deutsche Liberalisierungsstop ist der konkrete Anlaß und Zwang, auf diese Frage eine Antwort zu geben. Benutzt man allgemein die deutsche „Zahlungsbilanzkrise“ und den deutschen, zunächst nur als Aushilfe gedachten Liberalisierungsstop, um im Schatten der Scheingewinnkonjunktur der vorläufig noch nicht ganz gebändigten inflatorischen Kräfte auf weitere Integration zu verzichten, d. h. also die Liberalisierung praktisch aufzugeben, so handelt es sich bei dieser Krise dann tatsächlich nicht mehr um eine Gesundungskrise, sondern um eine solche, die ein Siechtum einleiten würde; denn die für das Hochhalten des westeuropäischen Lebensstandards notwendige westeuropäische Produktions- und Produktivitätssteigerung würde damit gefährdet.

Die Entwicklung der Agrarreform in China

Chinas Landwirtschaft verfügt über etwa 50 Millionen bäuerliche Betriebe, die eine Ackerfläche von etwa 90 Mill. ha bewirtschaften. Nach europäischen Begriffen herrschen die bäuerlichen Zwerg- und Kleinbetriebe vor (ein Betrieb mit 6 ha Land gilt bereits als Betrieb eines wohlhabenden Bauern). Nur 10 vH der gesamten landwirtschaftlichen Bevölkerung werden den sogenannten reichen Bauern und Gutsbesitzern zugeordnet.

Dem ungeheuren Übergewicht der bäuerlichen Zwerg-, Klein- und Mittelbetriebe entsprach aber nicht ihr Anteil am Bodeneigentum. Sie bewirtschafteten den größten Teil der Ackerfläche weniger als Eigentümer, sondern überwiegend als Pächter. Schon seit mehreren Jahrzehnten war eine Umwandlung von bäuerlichen Eigentumsbetrieben in Pachtbetriebe zu beobachten. Denn die infolge von Überschwemmungen, Mißernten und traditionellen Familienereignissen entstandene Verschuldung der bäuerlichen Eigentumsbetriebe wurde von den Geldleihern immer wieder dazu benutzt, Bodeneigentümer zu werden und zwischen sich und den bisherigen Eigentümern ein Pachtverhältnis zu schaffen. Dieses Vorgehen war für den Geldleiher um so lohnender, als er sich dadurch 40—70 vH des Bodenertrages als Pachtzins sichern konnte.

Auch die politischen Wirren in China wirkten sich auf die Eigentumsbauern nachteilig aus. Das Fehlen einer zentralen Staatsgewalt, vor allem während der Bürgerkriege von 1911 bis 1927, erleichterte es den praktisch selbständig gewordenen oder mit Gewalt zur Macht gelangten Provinzgouverneuren, für sich und ihre Helfer durch eigenmächtig erhobene Steuern und andere Maßnahmen, die Bauern zu enteignen und stattdessen von ihnen als neuen Pächtern den üblichen Anteil am Jahresertrag zu verlangen. Angesichts dieser Entwicklung dürfte der geschätzte Anteil der bäuerlichen Pachtbetriebe an der Gesamtzahl der Betriebe mit 70 vH um 1928 nicht zu hoch angegeben sein¹⁾.

Reformabsichten der Kuomintang

Die von Sun Yatsen gegründete „Partei des Volkes“ (Kuomintang), forderte u. a. auch eine Agrarreform, nach der die „bebauten Böden Eigentum des Bebauers sein müssen“²⁾. Die Überführung der Pachtbetriebe in das Eigentum der Pächter mußte allerdings auf große Schwierigkeiten stoßen, weil eine solche Maßnahme neben einer kleinen Schicht von in der Stadt lebenden Großgrundbesitzern auch zumindest einige Mil-

¹⁾ Vgl. u. a. Gustav A m a n n : „Sun Yatsens Vermächtnis“, Berlin 1928, S. 75/76.

²⁾ Zitiert nach Sun Fo, dem Sohn Sun Yatsens, in seinem Buch: „China looks forward“, London 1944, S. 25.

lionen kleiner Kapitalbesitzer berührt haben würde. Anders als in West- und Mitteleuropa verwenden die kleinen Kapitalbesitzer in China ihre Ersparnisse zumeist für den Ankauf von landwirtschaftlichen Pachtböden, statt sie für Investitionen im Gebäudebau oder in der Industrie bereitzustellen. Bei der in China besonders ausgeprägten Rücksicht auf die wirtschaftliche Erhaltung der Familie konnte Sun Yatsens Ziel nur durch eine langsam fortschreitende Reform erreicht werden. Vor diesen Schwierigkeiten zurückweichend, zeigte bereits das von der Kuomintang auf ihrem ersten Kongreß (Januar 1924) angenommene Programm Sun Yatsens eine allgemeine Richtlinie für die geplanten Selbstverwaltungen in den einzelnen Distrikten: „Der Vorgang besteht darin, daß die Bodeneigentümer den Wert ihres Bodens angeben sollen. Die örtliche Selbstverwaltung kann das Land auf der Grundlage dieser Wertangabe besteuern, mit der Wahlfreiheit, daß der Distrikt zu jeder Zeit das Land zu seinem angegebenen Wert kaufen kann“¹⁾. Obgleich damit entschädigungslose Enteignungen auf dem Lande ausgeschlossen wurden, so konnte doch die Verteilung des Eigentums an landwirtschaftlichen Böden dadurch erheblich geändert werden, daß eine öffentliche Körperschaft von ihrem Kaufrecht Gebrauch machte. Zwei Jahre darauf (1926) wurde die geplante Agrarreform durch einen Beschluß der Kuomintang vorläufig dahin abgeändert, daß die erwähnten hohen Abgaben der Pachtbauern hinfort auf 25 vH des jährlichen Ertrages zu beschränken seien²⁾. Vier Jahre später (1930) sah ein neues Agrargesetz der inzwischen ganz China umfassenden Kuomintang vor, daß die Pachtabgaben der bäuerlichen Betriebe höchstens 37,5 vH betragen sollen³⁾. Der Beschluß von 1926 blieb also nicht nur unausgeführt, sondern man setzte sich nunmehr ein noch bescheideneres Ziel.

Nachdem die Führung der Partei nach Sun Yatsens Tod (1925) eine andere wirtschafts- und sozialpolitische Richtung eingeschlagen hatte, wurde das Ziel des Agrargesetzes von 1930 auch nicht erreicht. Auch das Ende des japanisch-chinesischen Krieges (1945) leitete keinen neuen Abschnitt in der Agrarpolitik der Kuomintang-Regierung ein. Einzelne Provinzgouverneure haben auch noch nach Kriegsende bäuerliche Eigentumsbetriebe in Pachtbetriebe zu ihrem Vorteil oder zugunsten ihrer Behörden umgewandelt⁴⁾.

Gemäßigte Agrarreform der Kommunisten während des chinesisch-japanischen Krieges (1937—1945)

In den Jahren 1937 bis 1944 gelang es den Kommunisten, ihr Einflußgebiet von 45 000 qkm mit einer Bevölkerung von etwa 1,5 Mill. auf 450 000 qkm mit einer Bevölkerung von 90 Mill. zu erweitern¹⁾. Daß sie sich in dem von den Japanern besetzten Gebiet hinter der Frontlinie²⁾ und auch in dem von der Kuomintang-Regierung beherrschten Gebiet so stark ausdehnen konnten, ist zum großen Teil eine Folge ihrer Agrarreform, zu der sie sich ab 1936 entschlossen hatten. Frei von allen revolutionären Experimenten wollten sie nur den 1930 gefaßten Beschluß der Kuomintang-Regierung durchführen: Senkung der Pacht auf 37,5 vH des jährlichen Ertrages. Die Schwierigkeiten der Durchführung wurden überwunden, als die Kommunisten einen zweiten alten Programmpunkt der Kuomintang, die Schaffung von dörflichen Selbstverwaltungen, verwirklichten. Damit war nicht mehr der politische Einfluß einiger wohlhabender Bodeneigentümer, sondern die überwältigende Zahl der Zwerg- und Kleinbauern entscheidend. Die Gefahr, daß Mehrheitsbeschlüsse der Zwerg- und Kleinbauern zur Einstellung der Pachtzahlungen führten, wurde von den Kommunisten allgemein erfolgreich abgewendet. Sie verstanden es, ihre Haltung mit der Notwendigkeit einer möglichst geschlossenen Front aller Gesellschaftsschichten gegen die japanischen Eroberer zu begründen³⁾. Die dörfliche Selbstverwaltung versuchte auch in anderer Richtung die Last gerade der armen Bauern zu vermindern. War nämlich bisher unter dem System des sogenannten Dorfältesten (zumeist ein Vertreter der Großgrundbesitzer) eine Verteilung der Steuerlast unter starker Schonung der kleinen wohlhabenden Gesellschaftsschicht erfolgt, so konnten jetzt Mehrheitsbeschlüsse der Benachteiligten das seit Jahrzehnten bestehende Mißverhältnis beseitigen.

Zwischenlösung 1945—1949

Nach dem chinesisch-japanischen Krieg entfiel die Notwendigkeit, eine möglichst geschlossene Front der armen und der wohlhabenden Gesellschaftsschichten gegen Japan zu wahren und dementsprechend die Agrarreform zu gestalten. Um so bemerkenswerter ist die Mäßigung, die auch die ab 1946 teilweise veränderten Maßnahmen in der kommunistischen Agrarreform erkennen lassen. Die Großgrundbesitzer wurden zwar da-

¹⁾ Sun Fo: a. a. O. S. 237.

²⁾ A. Mann: a. a. O. S. 197/198.

³⁾ Bruno Lasker (Herausgeber): „New Forces in Asia“, New York 1950, S. 63.

⁴⁾ Siehe den ausführlichen Bericht von Tschang Yung W. Meng (Liberaler in Schanghai) in „United Nations World“ vom Sept. 1947, abgedruckt von Lasker: a. a. O., S. 54/63.

¹⁾ Th. H. White und A. Jacoby: „Donner aus China“, Stuttgart 1949, S. 233.

²⁾ Die Japaner konnten nur die Städte halten und die Bahnlinien sichern.

³⁾ B. Lasker: a. a. O. S. 63/64.

nach verpflichtet, den größten Teil ihres Landes entschädigungslos abzugeben. Es sollte ihnen jedoch eine Bodengröße verbleiben, die um 50 vH über dem örtlichen Durchschnitt der bäuerlichen Betriebsgröße lag¹⁾. Die sogenannten reichen Bauern wurden von der abgeänderten Agrarreform überhaupt nicht berührt. Bis Ende 1949 soll die erwähnte Agrarreform in Nordchina für ein Gebiet mit einer Bevölkerung von über 150 Mill. durchgeführt worden sein, wobei die Bauern auf Kosten der Großgrundbesitzer eine Nutzfläche von 37,5 Mill. ha (d. h. mehr als die Nutzfläche Deutschlands von 1936) erhielten²⁾.

Fortsetzung der gemäßigten Agrarreform nach dem kommunistischen Sieg

Auch das nach dem Sieg der Kommunisten auf dem chinesischen Festland erlassene Agrargesetz vom 30. Juni 1950 berücksichtigt weit mehr als die kommunistischen Agrargesetze Ost- und Südosteuropas die bisherigen Besitzformen in der Landwirtschaft. Bezeichnend ist die Einstellung des Gesetzes zu den Großgrundbesitzern. Sie werden enteignet, dürfen aber Land, Vieh und Gebäude behalten, soweit sie für ihren persönlichen Bedarf nötig sind³⁾. Die landfremden Verpächter von kleinen Bodenflächen sollen nicht enteignet werden. Die in diesem Rahmen erlaubten Bodenflächen der Verpächter sollen sich danach richten, daß die Bodenfläche je Kopf der Verpächterfamilie nicht mehr als doppelt so groß ist wie die durchschnittliche Bodenfläche je Kopf der Bevölkerung in der betreffenden Gegend. Für die Enteignung der darüber hinausgehenden Bodenfläche besteht nur eine Kann-Vorschrift. Überdies läßt das Gesetz begünstigende Ausnahmen für alleinstehende ältere Personen, Waisen und Invaliden zu, deren Lebensunterhalt von der Verpachtung ihrer Böden abhängt. Diese Ausnahmenvorschriften sind eine Konzession an die Familienpietät des Chinesen.

Soweit es sich um die unmittelbaren Bodenbenutzer handelt, wird außer den Gutsbesitzern im allgemeinen niemand enteignet, selbst wenn er fremde Arbeitskräfte beschäftigt. Im Gegen-

satz zu der restlosen Enteignung der Gutsbesitzer in der Sowjetzone ist es bezeichnend, daß die kommunistische Agrarreform von 1950 in China den gewerblichen Grundbesitz der Gutsbesitzer (einschließlich der darauf errichteten Industrie- und Handelsunternehmen) nicht antastet.

Zu einer radikaleren Auslegung des erwähnten Gesetzes können jedoch die Bestimmungen führen, nach denen während der Durchführung der Agrarreform Volksgerichte eingesetzt werden, die alle Personen bestrafen sollen, die als verbrecherisch angesehene Handlungen begangen haben oder nach der Meinung der Volksmassen aus anderen Gründen eine Verurteilung verdienen.

Wirkung auf die Bevölkerung und neue Gefahren

Da 80 bis 90 vH der chinesischen Bevölkerung dem Bauernstand angehören, so hat das Gesetz für die Festigung des neuen Staates grundlegende Bedeutung. Man glaubt, die neue Agrarreform bis zum Frühjahr 1951 auf einem Gebiet mit einer Bevölkerung von 100 Mill. durchführen zu können. Bis zum Frühjahr 1952 soll ein weiteres Gebiet mit einer Bevölkerung von 170 bis 180 Mill. hinzukommen¹⁾.

Die Aufgeschlossenheit der Bevölkerung für dieses Gesetz hängt auf die Dauer nicht nur von der Beseitigung sozialer Ungleichheiten ab, sondern auch von der tatsächlichen Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage. Eine solche Besserung kann jedoch nur dann von Dauer sein, wenn die starke Senkung der Pachtzahlungen nicht durch andere Belastungen in Form von erhöhten Steuern und anderen öffentlichen Abgaben aufgehoben wird. Eine steuerliche Mehrbelastung der Bauern ist infolge des gleichzeitigen Wegfalls der großen ländlichen Einkommensbezieher und angesichts der schwierigen Aufgaben für die allgemeine wirtschaftliche Gesundung wohl unvermeidlich. Je mehr sich aber China in Kriege verwickelt, um so größer wird die Gefahr, daß die geschilderte Agrarreform im Endergebnis die sozialen Ungleichheiten zwar aufhebt, das wirtschaftliche Dasein des Bauern aber nicht erleichtert.

¹⁾ Nach einem chinesischen Bericht in der „Prawda“, 4. 7. 50.

¹⁾ Nach Michael Lindsay, früher technischer Berater der kommunistischen Regierung in Nordchina, abgedruckt bei B. Lasker: a. a. O. S. 65.

²⁾ „Bolschewik“, Moskau, Mai 1950, Nr. 10, S. 45.

³⁾ Zu diesen und folgenden Bestimmungen „Sozialistisches Semefedelije“, Moskau, 4. Juli 1950, zitiert nach „Ost-Probleme“, Neuheim, 21. 9. 50.

Gegenstand	Ge- biet*)	Einheit†)	1949		1950												1951
			Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
			25,5	26	26	24	27	23	24	25,5	26	27	26	26	25	24	26
Anzahl der Werktage:																	
Bevölkerung																	
Bevölkerungsbestand, insgesamt	D	1000	E	.	69000	.	.	69000	.	.	69000	.	.	69000	.	.	69000
" " " " " " " "	DBR 1)	"	"	.	47720	.	.	47867	.	.	48054	.	.	12) 47586	.	.	47772
" " " " " " " "	G-B	"	"	3301	3308	3313	3315	3316	3319	3322	3325	3327	3328	12) 3325	3333	3335	.
" " " " " " " "	W-B	"	"	2093	2099	2103	2105	2107	2110	2114	2117	2120	2123	12) 2146	2128	2131	2132
" " " " " " " "	O-B	"	"	1207	1209	1210	1210	1209	1209	1208	1208	1207	1206	12) 1179	1205	1204	1202
" " " " " " " "	SBZ	"	"	.	18000	.	.	18000	.	.	18000	.	.	18000	.	.	18000
Bevölkerungsbewegung																	
Geburten 2)	DBR	auf 1000	E	15,4	15,5	15,9	17,1	17,5	16,5	16,7	16,1	15,4	15,1	15,7	15,7	15,5	.
" " " " " " " "	G-B	Einwohner	"	9,4	9,6	10,6	11,8	11,6	11,2	11,0	11,4	10,3	9,7	10,0	9,7	9,4	9,7
" " " " " " " "	W-B	und 1 Jahr	"	9,1	9,5	10,0	11,5	11,2	10,8	10,7	11,1	10,1	9,4	9,5	9,6	9,4	9,4
" " " " " " " "	O-B	berechnet	"	10,0	9,9	11,5	12,3	12,2	11,9	11,5	11,9	10,7	10,2	10,8	9,9	9,5	10,4
Sterbefälle 3)	DBR	"	"	10,0	10,0	10,7	11,8	11,7	10,9	10,5	9,9	9,2	9,0	8,9	9,7	10,8	.
" " " " " " " "	G-B	"	"	12,8	12,4	13,5	14,2	13,5	13,1	12,4	12,2	11,3	11,4	11,3	12,9	14,1	15,1
" " " " " " " "	W-B	"	"	12,5	11,8	12,6	13,3	13,0	12,4	12,1	11,9	10,9	11,0	10,6	12,7	13,7	14,4
" " " " " " " "	O-B	"	"	13,4	13,4	15,1	15,8	14,3	14,3	12,9	12,8	11,9	12,0	12,5	13,2	14,8	16,2
Eheschließungen	DBR	"	"	10,8	10,8	5,7	9,0	7,2	11,7	13,7	9,0	10,2	10,2	13,1	11,9	11,5	.
" " " " " " " "	G-B	"	"	8,0	11,4	4,4	6,3	7,4	9,9	10,3	8,4	10,5	10,5	11,9	9,9	8,7	12,0
" " " " " " " "	W-B	"	"	7,7	10,3	4,3	5,8	7,1	9,0	9,8	8,0	9,7	9,9	11,1	9,6	8,2	10,8
" " " " " " " "	O-B	"	"	8,6	13,2	4,6	7,1	7,9	11,6	11,3	9,2	11,8	11,5	13,2	10,4	9,6	14,1
Einkommen																	
Bruttosumme der																	
Löhne in der Industrie	DBR	Mill. DM	S	890,8	4) 924,5	885,4	816,3	914,4	868,1	943,7	958,3	968,5	1035,4	1043,9	1083,7	1041,1	1150,5
Gehälter in der Industrie	"	1949 = 100	"	107,7	4) 111,8	107,0	98,7	110,5	104,9	114,1	115,8	117,1	125,2	126,2	131,0	137,9	139,1
" " " " " " " "	"	Mill. DM	"	256,1	4) 269,5	258,6	258,3	260,6	263,6	268,3	271,7	276,1	280,1	285,8	296,7	309,4	332,2
" " " " " " " "	"	1949 = 100	"	105,4	4) 110,9	106,4	106,3	107,3	108,5	110,4	111,8	113,6	115,3	117,6	122,1	127,3	136,7
Eisenbahn																	
Personenverkehr																	
Beförderte Personen	DBR	Mill.	S	110,6	111,2	119,9	104,2	104,1	109,1	113,4	101,4	111,5	107,6	108,1	121,6	115,0	122,9
" " " " " " " "	VWG	1949 = 100	"	98,6	95,7	103,2	99,4	89,8	96,4	97,7	90,2	95,5	91,0	95,5	104,3	101,2	.
Personen-km	DBR	Mill.	"	2237	2290	2299,2	2086,3	2231,1	2390,4	2573,6	2363,1	2890,0	2833,2	2612,1	2570,7	2292,4	2752,5
Güterverkehr																	
Wagengestellung, arbeitstgl.	"	1000	TD	57,3	51,3	48,2	49,9	53,3	52,9	53,3	53,3	55,3	56,2	59,9	63,9	64,3	61,6
Beförderte Güter 5)	"	1000 t	"	20910	18840	17556	16705	19794	16607	17018	17708	18795	20550	21383	23063	22421	.
dar. Kohleversand	"	"	"	7030	6875	6807	6336	6842	5628	5671	5742	6435	7208	7136	7340	7237	.
Güterversand, arbeitstgl.	VWG	1949 = 100	"	109,7	96,4	91,7	93,3	98,9	97,6	95,8	93,2	98,2	104,1	111,2	118,7	118,8	.
Güterversd. nach West-Berlin	DBR	1000 t	"	203,1	184,7	152,6	130,8	105,1	86,2	69,5	74,6	105,5	120,9	151,2	199,3	209,5	230,2
Güterempf. aus West-Berlin	"	"	"	12,8	7,6	14,1	8,9	10,8	9,8	14,5	14,2	11,5	14,4	19,5	14,8	14,3	14,8
Nettotonnen-km	"	Mill.	"	4392,5	4168,9	3735,5	3649,2	4236,4	3490,0	3402,8	3690,1	3842,1	4217,3	4310,4	4578,3	4569,1	4356,8
Binnenschifffahrt																	
Güterumschlag i.d. Binnenhäfen 6)	DBR	1000 t	S	6519,4	6532,2	5899,1	5349,9	7290,7	7191,0	8378,1	8668,4	9579,2	10616,3	10111,4	9725,4	9573,9	8542,6
" " " " " " " "	W-B	"	"	81,8	79,1	52,4	45,3	175,7	160,7	134,3	96,3	127,0	134,3	104,1	147,1	140,2	122,0
Beförderte Güter 7)	DBR	"	"	.	.	4344,6	3684,4	5238,4	5118,9	5985,6	6325,4	6815,5	7185,2	7226,7	6840,3	6731,5	6183,4
Gel. Tonnen-km	"	Mill.	"	.	.	1008,2	835,0	1187,5	1193,6	1392,4	1420,4	1564,3	1731,7	1758,3	1574,4	1517,5	1486,1
Seeschifffahrt																	
Güterumschlag, insgesamt	DBR	1000 t	S	2122	2226	2199	1824	2043	1647	1943	2134	2437	2837	2711	2658	2505	2626
dar. Auslandsverkehr	"	"	"	1812	1938	1869	1589	1703	1347	1611	1777	2066	2375	2283	2272	2113	2167
Post																	
Übermittelte Telegramme 8)	DBR	1949 = 100	S	102,8	112,5	86,9	81,6	99,2	98,0	110,6	103,2	113,5	122,2	120,4	112,3	110,2	.
Fernsprechnahverkehr	"	"	"	105,1	109,6	104,0	99,0	107,0	100,9	105,3	107,8	109,6	111,6	115,4	117,9	117,0	.
Fernsprechweitverkehr 8)	"	"	"	103,7	103,2	96,8	91,2	107,3	98,1	105,9	107,5	114,8	118,0	117,6	117,2	113,6	.
Beförderte Pakete 8)	"	"	"	133,0	167,7	101,6	102,3	130,0	110,5	116,5	113,0	113,9	120,0	131,2	140,4	171,9	215,6
Eingezahlte Postanweisungen u. Zahlkarten	"	"	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Anzahl	"	"	"	120,8	138,3	123,3	123,3	146,7	140,0	143,3	128,6	121,2	128,6	135,2	145,5	154,3	.
Betrag	"	"	"	110,2	127,5	104,9	99,7	114,1	111,0	112,5	111,1	118,1	120,9	124,8	126,8	128,5	.
Straßenverkehr																	
Beförderte Personen																	
Straßenbahn	VWG	Mill.	S	261,6	275,5	275,6	258,7	269,1	259,9	266,3	255,2	254,8	257,6	258,1	265,8	272,3	.
" " " " " " " "	W-B	"	"	18,7	19,9	18,0	16,7	18,8	17,8	20,0	20,0	20,6	20,1	19,9	21,1	20,1	20,6
Omnibus	VWG	"	"	56,0	61,2	10) 65,6	63,2	66,1	62,8	64,5	62,7	66,9	69,4	68,7	71,7	74,7	.
Omnibus u. Obus	W-B	"	"	3,1	3,5	4,3	4,1	4,7	4,7	5,3	5,3	5,7	5,7	5,1	5,6	5,3	5,6
U-Bahn	"	"	"	11,4	12,3	11,3	10,2	11,2	10,0	10,6	10,4	10,3	10,1	10,7	11,5	11,3	11,6
Einzelhandelsumsätze																	
Gesamter Einzelhandel	DBR	1949 = 100	S	106	153	89	89	102	103	105	98	110	110	116	114	121	180
Nahrungs- und Genussmittel	"	"	"	98	137	89	90	99	100	96	95	106	100	103	98	104	144
Bekleidung und Wäsche	"	"	"	119	175	86	92	113	116	136	109	124	124	135	141	148	235
Hausrat und Wohnbedarf	"	"	"	114	158	90	86	98	95	98	99	113	121	137	134	144	205
sonstiger Einzelhandel	"	"	"	104	156	93	88	102	98	93	91	101	107	108	115	177	.
Außenhandel																	
Einfuhr, insgesamt	DBR 11)	Mill. DM	S	694,1	1136,7	966,6	708,3	822,6	747,5	678,2	790,5	948,5	864,3	1006,3	1313,6	1206,2	1323,0
Ausfuhr, insgesamt	"	"	"	370,2	485,4	442,8	473,8	590,5	542,1	594,9	651,9	730					

*) D = Gesamtdeutschland, DBR = Deutsche Bundesrepublik, VWG = Vereinigtes Wirtschaftsgebiet (DBR ohne französische Besatzungszone), SBZ = Sowjetische Besatzungszone, W-B = West-B

Gegenstand	Einheit†)		1949		1950												1951
			Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Ver. Staaten von Amerika																	
Beschäftigte, gesamt ¹⁾	1000	E	59518	58556	56947	56953	57551	58668	59731	61482	61214	o)62367	o)61226	61764	61271	60308	.
ohne Landwirtschaft	"	"	51640	51783	50749	50730	50877	51473	51669	52436	52774	54207	53415	53273	53721	54075	.
Arbeitslose	"	"	3409	3489	4480	4684	4123	3515	3057	3384	3213	2500	2341	1940	2240	2229	.
Produktion, gesamt ²⁾	1935/39 = 100	D	173	180	183	180	187	190	195	199	198	o) 209	211	217	215	216	220
Verarb. Industrie	"	"	179	188	192	192	194	199	204	208	o) 206	o) 218	220	226	225	.	.
Bergbau	"	"	141	132	130	118	144	140	145	151	144	158	166	166	160	.	.
Gewerbl. Wirtschaft, Umsatz ³⁾	Mrd.\$	S	34,4	33,6	34,2	35,3	36,6	35,6	38,7	39,9	o) 42,8	o) 45,3	42,1	41,8	41,7	.	.
Lagerhaltung ⁴⁾	"	"	52,1	51,6	52,0	51,8	o) 52,5	o) 52,9	o) 53,6	o) 54,2	o) 53,2	o) 54,5	56,4	58,5	o) 60,0	.	.
Außenhandel, Generaleinfuhr	Mill.\$	S	594	605	623	600	664	583	659	685	706	819	858	921	852	862	.
Generalausfuhr	"	"	836	943	746	773	868	809	825	877	774	761	910	904	978	1063	.
Goldbestand, gesamt	"	E	24479	24427	24395	24345	24246	24247	24231	24231	24136	23627	23474	23290	23037	22795	22443
Bundes-Res.-Banken ⁵⁾	"	"	23232	23176	23198	23120	23035	22998	22477	22982	22886	22389	22235	o)22045	21798	21548	21210
Zahlungsmittelumlauf, gesamt	"	"	27543	27600	26941	27068	27042	27048	27088	27156	27010	27120	27159	27121	27543	27916	27028
Bankdebitoren, gesamt ⁶⁾	"	S	88588	106274	95349	86283	104028	91714	100291	107102	o)98509	o)115531	o)110107	112045	110135	125435	.
Konsumkredite, "*)	"	"	15884	16809	16368	16159	16338	16639	17077	17651	18295	18842	19329	19401	19412	.	.
Emissionen, "*)	"	"	489	731	1185	809	1060	700	1061	1285	579	795	943	794	752	.	.
Neues Kapital	"	"	379	513	817	711	769	540	771	954	505	555	707	651	598	.	.
Aktienkurse (416 Aktien) ⁸⁾	1935/39 = 100	D	129,1	132,7	135,1	136,7	138,8	141,8	146,9	147,7	138,2	147,2	153,9	158,4	154,5	162,0	172,4
Kurse festverzinslicher Werte ⁹⁾	vH	"	102,0	102,4	102,1	102,0	101,8	101,5	101,4	100,9	101,3	101,3	101,1	100,8	100,8	.	.
Staatseinnahmen	Mill.\$	S	2727	4255	3480	3607	5622	2092	2895	4776	2148	3238	4842	2300	3184	.	.
Staatsausgaben	"	"	3127	3722	3323	2496	3269	2847	2962	4296	3013	2515	3520	3170	3102	.	.
Großhandelspreise ¹⁰⁾	1926 = 100	D	151,6	151,2	151,5	152,7	152,7	152,9	155,9	157,3	162,9	o) 166,4	o) 169,5	169,1	171,6	176,0	180,0
Lebenshaltungskosten ¹¹⁾	1935/39 = 100	"	168,6	167,5	166,9	166,5	167,0	167,3	168,6	170,2	172,5	173,0	173,8	174,8	175,6	174,7	178,7
Großbritannien																	
Beschäftigte, gesamt ¹⁾	1000	E	22307	22222	22265	22244	22244	22310	22331	22354	22359	22416	22448	22473	22511	22145	.
Registrierte Arbeitslose	"	"	329	360	372	360	334	322	290	274	278	284	292	308	302	328	.
Produktion, gesamt ²⁾	1946 = 100	D	138	129	133	137	141	151	o) 134	141	o) 130	o) 121	o) 140	146	148	135	.
Metallindustrie	"	"	125	115	122	126	130	121	125	128	118	106	o) 130	o) 134	135	.	.
Textilindustrie	"	"	143	129	139	145	146	132	142	141	126	o) 129	o) 142	o) 151	153	132	.
Außenhandel, Spezialeinfuhr	Mill. £	S	195,1	191,0	195,4	176,4	214,6	205,6	222,9	232,4	219,1	207,7	184,8	213,6	224,7	292,0	289,3
Spezialausfuhr	"	"	160,4	153,8	175,9	155,8	184,4	149,9	182,7	175,8	182,3	189,5	171,4	202,2	211,8	188,9	214,4
Bank von England, Goldbestand	"	E	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	1,9	4,0	4,4	4,4	4,4	4,4
Notenumlauf	"	"	1256,8	1321,9	1247,7	1247,2	1267,3	1277,7	1286,6	1293,9	1319,7	1302,0	1283,3	1275,5	1286,0	1357,7	1282,0
Emissionen, gesamt ³⁾	"	S	15,7	14,4	11,0	9,7	8,1	6,7	16,0	7,4	13,8	9,4	7,8	44,2	.	.	.
Aktienkurse (51 Ind.-Aktien)	1938 = 100	M	124	128	127	129	127	129	131	138	133	135	139	141	143	.	.
Kurse festverzinslicher Werte	"	"	95,3	98,0	94,6	96,8	95,2	96,0	96,2	98,0	96,7	97,5	99,0	100,9	101,0	.	.
Staatseinnahmen	Mill. £	S	242,2	319,0	627,7	518,0	379,9	235,0	281,0	252,7	226,8	269,9	316,5	235,3	252,0	304,2	595,2
Staatsausgaben	"	"	229,3	348,5	202,0	723,0	458,8	234,7	231,4	259,1	191,1	256,3	330,9	244,9	228,5	330,3	225,3
Großhandelspreise ¹⁴⁾	1938 = 100	D	223,9	237,6	241,4	241,7	242,1	246,3	251,2	252,4	256,2	o) 260,0	o) 268,0	o) 275,2	284,1	287,6	295,5
Lebenshaltungskosten ¹⁵⁾	"	"	181	182	182	183	183	184	184	183	183	o) 183	o) 184	o) 185	185	187	187
Frankreich																	
Arbeitslose ¹⁶⁾	1000	E	43,4	46,4	52,5	58,9	61,6	60,5	58,8	53,8	49,1	47,9	44,0	45,2	46,6	49,3	55,6
Produktion ¹⁷⁾	1938 = 100	D	124	126	126	126	111	122	128	125	o) 117	101	125	132	o) 136	133	.
Außenhandel, Spezialeinfuhr	Mrd. frs.	S	72,99	84,25	87,25	96,59	93,70	92,92	80,61	96,93	74,10	80,28	74,82	86,60	101,56	107,46	104,85
Spezialausfuhr	"	"	71,27	79,31	74,16	85,55	76,38	79,12	74,46	90,68	80,07	77,02	83,15	112,37	120,55	119,13	105,59
Bank v. Frankreich, Goldbestand	"	E	62,3	62,3	62,3	62,3	62,3	62,3	62,3	62,3	62,3	183	183	183	183	183	183
Notenumlauf	"	"	1204	1278	1289	1317	1322	1322	1321	1383	1440	1455	1468	o) 1503	1503	1561	1536
Emissionen v. Obligationen	"	S	5,4	1,3	15,9	25,5	.	10,9	1,4	.	2,8	0,3	1,7	8,3	0,8	3,2	1,5
Aktienkurse (122 Ind.-Akt.)	1938 = 100	D	1019	1062	1083	1023	1047	1032	1036	1075	986	1046	1095	1057	1048	969	1076
Kurse festverzinslicher Werte	1949 = 100	"	.	.	99,4	99,7	101,5	101,2	100,6	99,9	98,5	99,3	100,1	98,5	99,8	99,4	99,7
Großhandelspreise (135 Waren)	1938 = 100	"	2005	2002	2063	2057	2102	2088	2082	2035	2123	2207	2238	2270	2304	2410	.
Lebenshaltungskost. (Paris, 34 W)	"	"	1912	1920	1910	1920	1906	1922	1906	1848	1825	1925	2007	2043	2055	2075	.
Niederlande																	
Arbeitslose ¹⁸⁾	1000	E	67,2	87,8	107,6	104,8	89,3	o) 87,6	76,1	64,2	60,6	61,2	o) 55,3	o) 59,0	77,9	108,3	110,9
Produktion, arbeitstäglich	1938 = 100	D	138	137	131	134	133	139	136	137	139	134	151	155	o) 152	156	.
Außenhandel, Spezialeinfuhr ¹⁹⁾	Mill. hfl.	S	449	562	584	528	o) 612	o) 643	o) 662	o) 691	o) 627	o) 626	654	739	700	699	.
Spezialausfuhr	"	"	405	440	403	319	o) 400	o) 367	o) 377	o) 429	o) 444	o) 436	467	562	558	537	.
Niederländ. Bank, Goldbestand	"	E	740	740	871	871	871	871	871	871	871	871	873	873	873	873	1175
Notenumlauf ²⁰⁾	"	"	2982	3036	3009	3007	2932	2908	2917	2818	2904	2847	o) 2758	o) 2809	2796	o) 2911	2896
Emissionen ²¹⁾	"	S	3,7	2,7	.	205,6	9,9	.	3,9	7,4	28,4	0,2	1,2	0,6	8,1	64,2	.
Aktienkurse	1938 = 100	D	150,9	152,3	154,8	153,8	148,2	142,8	139,9	141,0	135,7	140,2	146,3	148,0	147,3	144,8	.
Großhandelspreise	1948 = 100	"	109,1	109,7	111,8	113,9	113,9	113,3	113,0	114,5	115,2	117	120	122	125	.	.
Lebenshaltungskosten	Juli 38/Juni 39 = 100	"	221	226	230	234	237	237	237	241	240	239	243	248	249	249	.
Belgien																	
Arbeitslose ²²⁾	1000	D	259,4	265,1	309,0	264,3	236,8	220,0	211,0	208,3	204,6	180,0	170,3	164,0	190,5	189,0	.
Produktion, gesamt ²³⁾	1936/38 = 100	S	105,0	105,0	103,0	105,0	106	o) 109	o) 109	o) 99	90	104	117	123	.	.	.
Außenhandel, Spezialeinfuhr	Mill. bfrs.	"	7031	7941	6959	6541	8148	6907	7495	7884	6745	5611	o) 9759				